

SPD-Pressedienst

4. April 1975

# SPD demokratischer pressedienst

P/XXX/61

1. April 1975

Die Mür vom eigentumsfeindlichen Bund

Unterstellungen der CDU/CSU können Fakten nicht aus der Welt schaffen

Von Karl Ravens MdB  
Bundeminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau  
Seite 1 und 2 / 46 Zeilen

Ansprache an einen Wähler

Plädoyer für den schleswig-holsteinischen SPD-Spitzenkandidaten Klaus Matthiesen

Von Günter Brees  
Seite 3 / 34 Zeilen

Strauß läßt sie im Regen stehen

Nur partielle Führungseigenschaften bei der CDU-Troika

Von Lothar Schwartz  
Sprecher des SPD-Vorstandes  
Seite 4 / 31 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Strauß gegen Dregger - Dregger gegen Strauß

Seite 5 / 32 Zeilen

Die MMR vom eigentumsfeindlichen Bund

Unterstellungen der CDU/CSU können Fakten nicht aus der Welt schaffen

Von Karl Ravens MdB

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Im Vorfeld der zweiten und dritten Lesung des Gesetzentwurfs zur Förderung von Wohnungseigentum und Wohnbesitz im sozialen Wohnungsbau, der der Eigentumbildung neue Impulse geben wird, versucht die CDU/CSU die Leistungen der Bundesregierung auf diesem Feld in Mißkredit zu bringen. Argumente wie die, es werde lediglich kollektives, nicht aber privates Eigentum gefördert, fügen sich in ihrer Machart lückenlos ein in die Reihe der Unterstellungen, mit denen die Opposition lange Zeit versuchte, die Bemühungen um die Reform unseres Bodenrechts zu diskreditieren.

Offenbar fällt es der Opposition schwer, zur Kenntnis zu nehmen, daß sie die Eigentumbildung im Wohnungsbau als ehemalige Regierungspartei nicht in Erbschaft genommen hat. Im Gegenteil: Unter CDU/CSU-geführten Regierungen wurde gewiß viel darüber geredet. Die sozialliberale Koalition hat weniger darüber geredet, aber mehr dafür getan. Nie zuvor hat die Eigentumbildung im Wohnungsbau einen höheren Rang gehabt. Nie zuvor waren die dafür eingesetzten Förderungsmittel so hoch und nie zuvor die gesetzlichen Grundlagen so gut wie unter der von Sozialdemokraten geführten Bundesregierung. Dies läßt sich durch einige wenige Zahlen eindeutig belegen.

Für den wichtigsten Zweig der Eigentumsförderung im Wohnungsbau, das Bausparen, wird die öffentliche Hand allein 1975 Prämien von rund 3,6 Milliarden DM aufwenden. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 400 Millionen. Die Steuerminderereinnahmen auf Grund der steuerlichen Begünsti-

gungen von Beiträgen an Bausparkkassen machten im Zeitraum von 1969 bis 1973 für den Bund etwa 1,6 Milliarden DM aus. Mit der Vorschrift des § 7 b gewährt die öffentliche Hand in den ersten schwierigen Jahren nach der Bau fertigstellung den Eigentümern ebenfalls erhebliche Hilfe. Für den Zeitraum 1969 bis 1973 werden diese steuerlichen Erleichterungen auf 4,4 Milliarden DM geschätzt.

Zur Unterstützung der Eigentümförderung im Wohnungsbau gehören ebenfalls Grundsteuervergünstigung und Grundsteuerbefreiung. Der Anteil der Eigentüfmaßnahmen im sozialen Wohnungsbau schließlich, der unter CDU/CSU-Regierungen nie wesentlich über 30 vH hinaus kam, ist inzwischen auf mehr als 40 vH geklettert. Auch dies ist wohl ein deutliches Kennzeichen für die Anstrengungen dieser Bundesregierung, die Eigentümbildung im Wohnungsbau voranzubringen. Nicht zuletzt gehört in diesen Katalog auch die Bodenrechtsreform, die den Zugang zu Grund und Boden erleichtern wird.

Diese Bundesregierung ist also keineswegs eigentüfmeindlich, wie so oft von Kritikern oder besser gesagt Polemikern behauptet wird. Sie fördert das Eigentüf gezielt für die Gruppen, die aus eigener Kraft zur Eigentümbildung nicht in der Lage wären. Diesen Weg werden wir weiter gehen. Der Gesetzentwurf zur Förderung von Wohnungseigentüf und Wohnbesitz im sozialen Wohnungsbau ist hier ein weiterer wichtiger Schritt. Insgesamt spricht der Maßnahmenkatalog, den die Bundesregierung in diesem Bereich vorweisen kann, für sich. Die Opposition wird sich mit dem Gedanken vertreiben müssen, daß sie die Mär vom eigentüfmeindlichen Bund nicht weiter verbreiten kann. Denn alle Versuche, dafür den Beweis anzutreten, werden sich ins Gegenteil verkehren. (-/1.4.1975/ks/ee)

+ + +

Ansprache an einen Wähler  
-----

Plädoyer für den schleswig-holsteinischen  
SPD-Spitzenkandidaten Klaus Matthiesen

Von Günter Grass

Wir haben 1969, wir haben 1972 mitgeholfen. Wir waren in vielen Wahlkämpfen, auch in Schleswig-Holstein, dabei. Ich habe die Tradition der Diffamierung des sozialdemokratischen Gegners durch die CDU hier in Schleswig-Holstein seit Jahren verfolgen können. Und ich scheue mich nicht, gerade aus der Kenntnis des CDU-Ministerpräsidenten Dr. Gerhard Stoltenberg und seiner politischen Praxis, ihn im Vergleich zu Strauß eigentlich nur eine stubenreine Ausgabe zu nennen.

Es ist ausreichend belegt, wie das, was Franz Josef Strauß in seiner mittlerweile bundesweit bekannt gewordenen Sonthofener Rede als Programm darstellt - keine Alternative nennen, die Krise herbeireden, die Krise herbeiwünschen, denn nur auf der Krise kann diese Art Machtanspruch gedeihen -, wie dieses Konzept von Strauß durch Dr. Stoltenberg hier in Schleswig-Holstein praktiziert wird.

Ich möchte Sie bitten, einen Politiker wie Klaus Matthiesen zu unterstützen. Er ist ein junger Politiker. Er ist für mich ein demokratischer Sozialist, der seine Politik nicht mit ideologischen Schauklappen vorträgt, sondern dort, wo es notwendig ist, sie auch wissenschaftlich-sachlich begründet. Und der dort, wo ihn gerechterweise die Leidenschaft mitreißt, diesen demokratischen Sozialismus von der Bergpredigt her zu begründen weiß. Er ist für mich ein Politiker, der die Bergpredigt eben nicht nur gelesen hat, und der es versteht, den sozialen Auftrag dieser Rede in unsere Zeit zu übersetzen.

Ich bitte in erster Linie die Arbeitnehmer zu begreifen - trotz berechtigter Unzufriedenheit auch den Sozialdemokraten gegenüber -, dennoch zu begreifen, daß in guten, aber besonders in schlechten und schwierigen Zeiten einzig diese Partei, nämlich die SPD, für die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer bürgen kann.

Ich bitte aber auch die Jungwähler, nicht in einen konservativen Trend zu geraten und das Gerade von der Nostalgie ins Politische zu übersetzen, sondern zu erkennen, daß ein Politiker wie Klaus Matthiesen ihr Mann ist. Denn es wird ihre Zukunft sein, die in der nächsten Legislaturperiode in Schleswig-Holstein mitbestimmt wird.

Geben Sie ihm Ihre Stimme, und helfen Sie ihm, nicht zuletzt dann, wenn er gewählt ist, durch Kritik. (-/1.4.1975/bgy/ee)

+ + +

Strauß läßt sie im Regen stehen  
-----

Nur partielle Führungseigenschaften bei der CDU-Troika

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Zu Ostern legte der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß der sogenannten "Schwesterpartei" CDU in einem Artikel für ein Springer-Blatt ein weiteres Kuckucksei ins Nest. Erneut befaßte er sich mit den Führungsproblemen der Union und heizte dabei die Rivalitäten zwischen den möglichen Kanzlerkandidaten ebenso kräftig wie tückisch auf. Der Zuchtmeister und Zensor der Opposition ließ die drei CDU-Bewerber Carstens, Kohl und Stoltenberg ("in alphabetischer Reihenfolge") ohne jegliche Präferenz "im Regen stehen".

Mit geradezu beleidigender Herablassung bescheinigte er ihnen die partielle Eignung, ein "funktionsfähiger Bundeskanzler vor dem Hintergrund der heutigen Verhältnisse" sein zu können. Dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Prof. Dr. Karl Carstens attestierte er dabei, eine "besondere außenpolitische Kompetenz", dem CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl "gesellschaftspolitische Kompetenz mit Koordinierungsfähigkeit" und dem stellv. CDU-Vorsitzenden Dr. Gerhard Stoltenberg "besondere wirtschafts- oder finanzpolitische Kompetenz". Im gleichen Aufwasch läßt er auch andere maßgebliche CDU-Politiker, wie etwa den Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, wissen, auf welchen Sachgebieten er sie für begrenzt verwendungsfähig hält. Dies offensichtlich immer unter der Voraussetzung, daß ein auf Omnipotenz - wie beispielsweise Franz Josef Strauß - angelegter Führer den ganzen "Regierungsladen" programmiert und kommandiert. Die Gnade der Mitarbeit in einer Strauß-Mannschaft soll allerdings den gelegentlich für etwas gesellschaftspolitischen Fortschritt eintretenden stellv. Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Bundestag, Hans Katzer und Richard von Weizsäcker, nicht zuteil werden. Sie werden von Strauß nicht erwähnt.

Es ist festzuhalten: Unter dem von der CDU in einem verzweifelten Akt zähneknirschender Solidarität mit dem Rundschläger von Sonthofen und Passau aufgespannten "Regenschirm" der CDU setzt Franz Josef Strauß unerbittlich sein Katz- und Maus-Spiel mit den möglichen oder vermeintlichen Bewerbern um eine Kanzlerkandidatur aus den Reihen der Opposition fort, ohne seine eigenen Ambitionen in die gleiche Richtung auch nur verbal oder vorläufig aufzugeben. Dieser Vorgang enthüllt ein weiteres Mal und überdeutlich die Ohnmacht der CDU-Spitze gegenüber dem CSU-Vorsitzenden und seiner Dressurpeitsche.

(-/1.4.1975/bgy/pr)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Strauß gegen Dregger -- Dregger gegen Strauß

Zum Thema parlamentarische Opposition haben der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß MdB und der hessische CDU-Landesvorsitzende Dr. Alfred Dregger MdB unterschiedliche Aussagen gemacht. Wir dokumentieren aus der Sonthofener Programmrede von Strauß vom 19. November 1974 und aus einer Dreggerrede im hessischen Landtag vom 17. Dezember 1970.

Strauß: "Aber der Grundgedanke, den ich hier vertreten habe, war der: Erstens kann man jetzt überhaupt kein Rezept empfehlen ohne sich in große politische Schwierigkeiten zu begeben und zweitens ist das Bewußtsein der Öffentlichkeit noch nicht so stark schockiert, daß sie bereit wäre, die Rezepte, die wir zur langsamen Heilung der Krise für notwendig halten, in Kauf zu nehmen... Lieber eine weitere Inflationierung, weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit, weitere Zerrüttung der Staatsfinanzen in Kauf nehmen, als das anzuwenden, was wir als Rezept für notwendig halten mit der Maßgabe, daß sie sagen: 'Seht, solange wir da sind, ist unser Leiden ja nicht gar so schlimm. Wenn die aber hinkommen, die muten Euch eine Raßkur zu. Soweit sind wir noch nicht.' Es muß wesentlich tiefer sinken, bis wir Aussicht haben, politisch mit unseren Vorstellungen, Warnungen, Vorschlägen gehört zu werden. Es muß also eine Art Offenbarungseid und ein Schock im öffentlichen Bewußtsein erfolgen. Wir können uns gar nicht wünschen, daß dies jetzt aufgefangen wird, sonst ist es ja nur eine Pause, und nach der Pause geht es ja doch in der falschen Richtung dann wieder weiter... Und jetzt hier in demokratischer Gemeinsamkeit zu sagen, wir Demokraten in SPD/FDP und CDU/CSU, wir halten also jetzt nun zusammen in dieser Situation, hier müssen wir den Rechtsstaat retten - das ist alles blödes Zeug!"

Dregger: "Die Opposition hat neben der parlamentarischen Kontrolle der Regierung noch eine zweite Sonderaufgabe, die vor allem ihr zufällt. Sie hat Alternativen zur Politik der Koalition und der von ihr getragenen Regierung aufzuzeigen. Wenn im Parlament sich nicht nur eine Jubelgruppe auf der einen und eine Gruppe ewiger Neinsager auf der anderen Seite gegenüberstellen sollen, dann setzt das neben einem gewissen geistigen Niveau und angemessenen Formen auf beiden Seiten die volle Funktionsfähigkeit der Opposition als Regierungsalternative voraus." (-/1.4.1975/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Freller